

### Ein Täufling hebt ab

**NENZING.** (VN-ger) In die Körbe, fertig, los! Am Freitag fand in Nenzing eine Taufe der besonderen Art statt. Der Täufling: Hotel Bravo - Quebec Zulu Delta (kurz: HB-QZD), der neue Heißluftballon aus der Werksflotte von Getzner Textil. Der Bereich „Technische Textilien“ ist das jüngste Standbein des Bludener Unternehmens. Zum Einsatz kommen die Hightech-Gewebe unter anderem im Heißluftballon-Bau. „Die Hülle ist auf 250 Grad Schmelztemperatur ausgelegt. Wichtig sind auch eine hohe Reißfestigkeit und Witterungsbeständigkeit“, erläutert Bereichsleiter Hannes Tschofen. Aktuell hat Getzner Textil, quasi zu Forschungszwecken, zwei eigene Ballone inklusive Piloten am Start.



Bei der Tauffeier sorgten auch die Ballone der Getzner-Tochterfirma Meyer-Mayor für heiße Luft. VN/HOFMEISTER

Kommentar

### Johannes Huber



## Starker Mann

Wenn es um den Niedergang der Demokratie geht, dann bleibt die Debatte zu oft an US-Präsident Donald Trump oder am ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban hängen. Ganz zu schweigen von Jaroslaw Kaczynski, der in Polen zwar keine wesentliche Staatsfunktion mehr bekleidet, das Land de facto aber führt. Das sind natürlich alles ziemlich heftige Beispiele. Umso größer ist die Gefahr, daneben die kleinen zu übersehen: Auch sie könnten sich auswachsen.



So gesehen ist es fast schon ein Wunder, dass noch immer 78 Prozent an die Demokratie glauben.

Womit wir in Österreich angefangen wären: Nach zehn Jahren hat das Sozialforschungsinstitut SORA wieder einmal die autoritären Einstellungen der Bevölkerung erhoben. Um es vorwegzunehmen: Sie haben zugenommen, und zwar signifikant. Dass sich nicht mehr 41, sondern bereits 43 Prozent nach einem „starken Mann“ für die Staatsspitze sehen

nen, ist die geringste Veränderung. Schlimmer ist, dass der Anteil derer, die das Gefühl haben, keinen Einfluss auf die Regierung nehmen zu können, um ein Drittel auf 41 Prozent gestiegen ist, und dass nach 86 Prozent 2007 heute nur noch 78 Prozent finden, dass die Demokratie die beste aller Staatsformen ist.

Da ist etwas ins Rutschen geraten. Wenn man anfängt, darüber nachzudenken, woran das liegen könnte, dann verwundert es nicht. Hinter uns liegen zwei Ausnahmezustände: die Flüchtlings- und die Schuldenkrise. Vor allem bei Letzterer hat sich ein Begriff eingeschlichen, der demokratiefeindlicher nicht sein könnte: Milliarden-schwere Rettungspakete sollen demnach „alternativlos“ gewesen sein. Folglich wurden sie notverordnungsmäßig durchgeboxt.

In Ausnahmezuständen kann so etwas erforderlich sein. Irgendwann aber sollte man die demokratischen Spielregeln wieder pflegen. Das geschieht leider nicht: Die Regierung fixiert eine Einschränkung der Versammlungsfreiheit, Landeshauptleute wollen die Verwaltungsgerichtsbarkeit schwächen und damit gegen die Gewaltenteilung vorgehen, Volksvertreter winken Vorlagen diskussionslos durch, die Abgeordneten haben den Ort der Debatte vom Parlament in die sozialen Medien verlagert, Parteien verkommen zu Fanclubs, die nur einer Person dienen; so wie die FPÖ ganz auf Heinz-Christian Strache ausgerichtet ist, ist es die SPÖ bereits auf Christian Kern und die ÖVP demnächst wohl auch offiziell auf Sebastian Kurz.

Zu allem Überdross ist die Regierungsarbeit zu einem schier endlosen Wahlkampf missraten, in dem es nicht darum geht, gemeinsam etwas zu erreichen, sondern einander zu schaden. Womit sich nicht nur Rot und Schwarz selbst schwächen, sondern naturgemäß auch das Vertrauen in das gesamte System - und es so gesehen fast schon ein Wunder ist, dass noch immer 78 Prozent an die Demokratie glauben.

johannes.huber@vn.at  
Johannes Huber betreibt die Seite dieSubstanz.at -  
Analysen und Hintergründe zur Politik.

# „Enteignungskeule ein katastrophales Signal“

### Eigentümerversammlung übt massive Kritik an Raumplanungs-Initiative.

**DORNBIRN.** (VN-mig) Befristete Bauwidmungen, Infrastrukturabgabe und Rückwidmungen auf bestehende ungenutzte Bauflächen ohne Entschädigung: die Forderungen einer prominent besetzten Initiative bestehend aus Bürgermeister, Architekten und Raumplanern sorgt weiter für Diskussionen. Während die Initiatoren von politischer Seite mehrheitlich Zustimmung für ihre Petition erhalten, kommt von der Eigentümerversammlung (VEV) eine klare Absage für die Pläne. Besonders die Rückwidmung von Bauland wird entschieden abgelehnt. „Das käme einer De-facto-Enteignung gleich“, macht VEV-Präsident Markus Hagen seinem Unmut in einer Aussendung Luft.

Die Enteignungskeule zu schwingen, sei ein katastrophales Signal. Die Eigentümerversammlung bezeichnet

die Pläne darüberhinaus als kurzsichtig. Bauland hortende Großinvestoren seien durch solche Maßnahmen nicht abzuschrecken. Bestraft würden einmal mehr nur die kleinen Sparer, sagt Hagen. Es sei nicht einzusehen, warum die Vorarlberger Eigentümer die Raumplanungsfehler der vergangenen Jahrzehnte ausbaden sollen.

„Andere Bundesländer haben das bereits eingeführt.“

STEFAN LAMPERT, ANWALT



Juristisch wären die Pläne aber wohl umsetzbar. Zu diesem Schluss kommt jedenfalls der in Wien lebende Vorarlberger Anwalt Stefan Lampert, der sich auf Bau- und Raumplanungsrecht spezialisiert hat. Andere Bundesländer hätten vergleichbare Gesetzesänderungen bereits eingeführt, weist der gebürtige Wolfurter im Gespräch mit den VN auf die Situation in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland hin. Auch hier habe man dem Horten von Bauland den Kampf angesagt. „Das Kaufen von Bauland ist das neue Sparbuch“, findet Lampert entsprechende Parallelen. Das Land Vorarlberg müsse die gesetz-

liche Grundlage im Raumplanungsgesetz schaffen, damit die Gemeinden entsprechend handeln könnten. „Bei Befristungen für Neuwidmungen sehe ich überhaupt kein Problem“, so Lampert.

Komplexer stellt sich die Situation bei einer Rückwidmung von längst gewidmetem Bauland dar. Voraussetzung sei, dass ein öffentliches Interesse überwiege. Die 2014 beschlossene Bauordnungsnovelle der Stadt Wien sehe entsprechende Maßnahmen vor. Bis heute sei aber noch kein Fall bekannt, der eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshof zur Folge hatte. Offensichtlich seien aber juristische Fragezeichen. Wurde von Grün- auf Bauland gewidmet, könne nicht wieder auf Grünland zurückgestuft werden. Es entstehe ein Art „Weißer Fleck“ und damit „ungewidmetes Land“. Grundsätzlich hätten Eigentümer durchaus auch Chancen, zu klagen. Allerdings müsse jeder Fall einzeln betrachtet werden, so Lampert.

### „Bauland muss auch bebaut werden“

Überparteiliche Initiative macht Druck: Kapitalerhöhung der Vermögensgesellschaft beibehalten. ...

VN-Bericht vom 19. April 2017.

**LIDL** SUPER SAMSTAG  
Lidl lohnt sich.

**Aktion**  
500 g  
**0.99**  
■ (1 kg = 1.98)

**Erdbeeren**  
• Klasse I

**Aktion**  
700 g  
**3.99**  
■ (1 kg = 5.70)

**METZGERHOF**  
Frische Schweinekoteletts  
• In der Fleischtruhe

**MILBONA**  
Weichkäse in Salzlake  
• Im Kühlregal

**Aktion**  
1,25 kg  
**5.59**  
■ (1 kg = 4.47)

**FLORALYS**  
Toilettenpapier  
• 3-lagig

**Aktion**  
20x 200 Blatt  
**4.79**